

Wöchentlich 18 Pfennig, monatlich 50 Pfennig, vierteljährlich 1,50 Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifen im In- und Ausland 3,20 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit drei Beilagen: dem Sonntagbeilage „Hoff und Zeit“, dem „Wochenbeilage“ „Aus der Kämpfer“, dem „Kriegsbeilage“ „Der Kampf um die Welt“, dem „Kulturbeilage“ und „Licht“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Freitags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Der einseitige Kampfbogen 50 Pfennig, die „Kämpfer“ 50 Pfennig, die „Hoff und Zeit“ 50 Pfennig, die „Wochenbeilage“ 50 Pfennig, die „Kriegsbeilage“ 50 Pfennig, die „Kulturbeilage“ 50 Pfennig, die „Licht“ 50 Pfennig, die „Hoff und Zeit“ 50 Pfennig, die „Wochenbeilage“ 50 Pfennig, die „Kriegsbeilage“ 50 Pfennig, die „Kulturbeilage“ 50 Pfennig, die „Licht“ 50 Pfennig.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köhler 290-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Postkonten-Gesellschaft Postfach 1000 Berlin 1

500 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Unternehmerwillkür zu Weihnachten.

Hannover, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Ein neues Beispiel brutalster und rücksichtsloser Unternehmerwillkür bietet die hannoversche Maschinenfabrik A.-G. (Hannover). Diese dem Coltrien- und Kohnen gehörige Firma bringt es fertig, am heutigen Tage, einen Tag vor Weihnachten, rund 500 Arbeiter zu entlassen, nachdem seit Ende Oktober schon 3700 Arbeiter entlassen worden sind.

Bei einigermaßen gutem Willen bestände die Möglichkeit, auf Vorrat zu arbeiten. Aber um jetzt einige hundert Mark Finsen zu sparen, wirft man die Arbeiter am Fest der Liebe aufs Straßensplatz. Im Frühjahr, wenn die Konjunktur sich wieder hebt, verlangt man dann Arbeiter ohne Zahl, nur um die Aufträge bewältigen zu können!

Der gestrichene Kreuzer.

Wie hat Sachsen im Reichsrat gestimmt?

Dresden, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im sächsischen Landtag eine Anfrage darüber eingebracht, ob der Vertreter Sachsens im Reichsrat im Auftrage der sächsischen Regierung für die Bewilligung der ersten Rate für das neue Panzerschiff gestimmt habe. Falls das zutreffen sollte, wird um Auskunft darüber ersucht, wie die sächsische Regierung diese Zustimmung mit den von allen Kreisen verlangten Sparmaßnahmen in Einklang bringen wolle.

Schwarzweißrote Reitervereine.

Republikfeindlich - aber das geniert die Reichswehr nicht.

Aus Stendal wird uns geschrieben:

Dem aufmerksamen Beobachter der „zur dem Pferdesport dienenden Reitervereine in der Altmark“ war schon lange bekannt, daß es sich um ausgesprochene schwarzweißrote, republikfeindliche Vereinigungen handelt. Beim alljährlichen Reiterport zwischen Stendal und Uenglingen, an dem auch die „republikanische Reichswehr“ teilnimmt, sind an den Ein- und Ausgängen immer große schwarzweißrote Fahnen angebracht.

Nun hatte nach einem Bericht des „Deutscher Generalanzeiger“ der Reiterverein Debitfeld-Kaltendorf und Umgebung am vergangenen Sonntag seine Generalversammlung. Der Vorsitzende Götzche berichtete über das verflozene Geschäftsjahr, und in bezug auf das neue Jahr sagte der Vorsitzende des dem „Pferdesport dienenden Reitervereins“ nach dem Zeitungsbericht wörtlich:

„Beim Eintritt ins neue Jahr wünsche er feste und treue Weiterpflege der bisherigen Kameradschaft und auch ferner Erfolg im Reitsport. Man solle nicht in der Ausbildung nachlassen, da niemand wisse, wozu er sie noch einmal gebrauchen könne; denn einst würde der Tag kommen, an dem es geht, alle seine Kraft einzusetzen für das Wohl und Wehe des Vaterlandes. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß es so nicht lange mehr fortgehen könne, der Mittelstand werde immer mehr der Verelendung entgegen. Deshalb brauche man Männer, die dem Rufe folgen, wenn er eines Tages an sie ergehe. Und zu solchen Männern wolle der Verein seine aktiven Reiter erziehen.“

Das ist durchaus der Vorgang der Ehrhardt-Jünger. Allerdings wird den „Pferdesport treibenden“ Reitervereinen ihr Maulaufreißen nichts nützen. Die Republik steht und wird durch derartige Lüge nicht ins Wanken geraten. Die Reichswehr aber hat bei diesen Sognern der bestehenden Ordnung nichts zu suchen.

Wallraf ade?

Deutschkonservative Tagung in Köln.

Die Konservativen in Köln haben am 19. Dezember eine Tagung abgehalten, die sich mit der deutschnationalen Politik und den kommenden Wahlen beschäftigte. Das Referat hatte der Landtagsabgeordnete Schwacht, der „von den begangenen Fehlern nichts beschönigte“

Bericht der „Kreuzzeitung“:

„In der Aussprache wurden die beiden Hauptfehler, Dames-Vertrag und Veräusserung des Republikanischen Gesetzes, sehr eingehend behandelt. Man forderte bewussteres Eintreten für die Monarchie, stärkere Betonung der völkischen Ziele und energische Schritte zur Beseitigung des Dames-Plans. Dem Abgeordneten Schwacht sprach die Verleumdung ihr Vertrauen aus, bekannte aber offen, daß sie den Ja-Sagern des Dames-Vertrags ihr Vertrauen nicht mehr schenken könne.“

Der Reichstagsabgeordnete der Deutschnationalen im Kreise Köln-Kölnen ist Herr Wallraf. Ja-Sager bei der Dames-Abstimmung. Ihm galt das Vertrauensvotum. Die Deutschnationalen erzielten im Dezember 1924 bei der Reichstagswahl 64 000 Stimmen im Kreise Köln-Kölnen. Es reichte knapp zu einem Mandat. Wiso: Wallraf ade?

Mussolinis Angriffsvertrag.

Pariser Linksprotest gegen faschistische Angebote.

Paris, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Bündnisangebot, das die faschistischen Blätter gleichzeitig mit ihren Forderungen an Frankreich gerichtet haben, und das Frankreich gegenüber Deutschland einen angeblich besseren Schutz gewährleisten wollte als die Locarno-Verträge, hat die französische Linkspresse zu heiligem Protest auf den Plan gerufen. Das „Devoir“ bezeichnet es als vollkommen unannehmbar, daß Italien als alleinige Gegenleistung für seine übertriebenen Forderungen einen „netten kleinen Offenbarungsvertrag“ gegen Deutschland anbiete. Daraus könne Frankreich unter keinen Umständen eingehen, denn Italien sei ein viel zu unsicherer Raute, zumal es noch vor kurzem Deutschland ein Bündnis gegen Frankreich angeboten habe.

Poincaré im Senat geschlagen.

Paris, 23. Dezember.

In der Debatte über das Einnahmehaushalt im Senat entwickelte sich eine Aussprache über die Entschädigung der ehemaligen französischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Pensionminister Marin erklärte, beim Abschluß des Friedens habe eine englische Note darauf hingewiesen, daß unter den von Deutschland wiedergutzumachenden Schäden auch diejenigen einbezogen sein müßten, die sich aus der mangelhaften Ernährung der Gefangenen in Deutschland ergeben hätten. Diese Forderung sei in

den Pariser Vertrag aufgenommen und mit 1 1/2 Milliarden von den Alliierten beziffert worden. Die Regierung schlage nun für dieses Budgetjahr die Ausweisung einer Summe von 5 Millionen vor, wobei eine Gesamtsumme von 50 Millionen, verteilt auf 7 bis 8 Jahre, im ganzen hierfür einzustellen wäre. Ministerpräsident Poincaré pflichtete der Summe von 5 Millionen für dieses Budgetjahr bei. Der Berichterstatter Senator Chéron widersprach im Namen des Finanzausschusses unter dem Hinweis, daß die ehemaligen Kriegsgefangenen eine volle Wiedergutmachung wünschten und mit dem Vorschlag nicht zufrieden sein würden. Eine volle Wiedergutmachung würde aber auf 600 bis 700 Millionen zu stehen kommen. Der betreffende Artikel wurde in der Abstimmung abgelehnt.

Schweizer in Italien verhaftet.

Basel, 22. Dezember.

Zwei junge Tessiner, auf dem Wege nach Locarno, begannen in dem Glauben, bereits auf Schweizer Gebiet zu sein, ein revolutionäres Lied zu singen. Der Kapitän forderte sie auf, das Singen einzustellen. Da sie dieser Aufforderung nicht nachkamen, wurden sie verhaftet und nach Genobio in Italien ins Gefängnis abgeführt. Die Schweizer Behörden haben Schritte unternommen, um die Freilassung der beiden Verhafteten zu erreichen.

Ägyptischer Befreiungsversuch.

Um die Revision der „Kapitulation“. - England nicht grundsätzlich ablehnend.

London, 23. Dezember.

Ägyptische Blätter hatten gemeldet, daß die ägyptische Regierung beabsichtige, die Kapitulationsmächte zu einer internationalen Konferenz zur Neuregelung gewisser Bestimmungen der Kapitulationen einzuladen. Halbamtlich wird dazu erklärt: Die britische Regierung weiß bereits seit einiger Zeit, daß die ägyptische Regierung beabsichtigt, einen solchen Schritt zu tun. Es wird erwartet, daß die britische Regierung bereit sein werde, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, wenn die Bedingungen der Einladung feststehen.

„Kapitulation“ hat im Kriegesrecht den Sinn der Uebergabe. Hier ist er völkerrechtlich gebraucht. Kapitulationen sind die von „christlichen“ Mächten, zum Teil bereits im Mittelalter, mit orientalischen Staaten abgeschlossenen Verträge, die dahin gingen und gehen, daß die Untertanen der christlichen Mächte der Gerichtsbarkeit der Orientalen nicht unterworfen waren, sondern vor ihren eigenen Konsuln als Kläger, Angeklagte oder Zeugen erscheinen durften. Die Türkei hat sich von diesen Verträgen bei ihrem Eintritt in den Weltkrieg losgesagt. In früher türkischen Gebieten, wie Ägypten, gelten sie noch heute; ebenso zum Beispiel in China, wo nur Deutschland und die Sowjetunion derartige Vorrechte nicht mehr besitzen.

Die oben wiedergegebene halbamtliche Reitermeldung zeigt deutlich, daß es sich jetzt bei Ägypten nicht etwa um die Abschaffung, sondern nur um eine Abänderung einzelner Teile des bestehenden Kapitulationsystems handelt. Darüber zu verhandeln, lehnt England natürlich nicht etwa grundsätzlich von vornherein ab. Um so geringer wird das praktische Ergebnis für Ägypten sein.

Moskau über Kanton.

Erklärung gegen die Bürger der nationalen Bewegung.

Moskau, 23. Dezember.

Die Presse veröffentlicht eine von Lichtscherin unterzeichnete Erklärung des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, in der es heißt: „Die Wertigkeiten der Sowjetunion betrauern tief den tragischen Tod der Genossen, die von den Henkern und Bürgern der südchinesischen Konterrvolution zu Tode gefoltert wurden, doch ist ihr Märtyrereblut nicht vergeblich geflossen. Das 400-Millionen-Volk kann auf seinem Wege zur Freiheit nicht aufgehalten werden, und jene militaristischen Mächte, die sich aus Führern der Rationalbewegung in ihre Bürger verwandelten, werden restlos hinweggefegt werden. Das befreite chinesische Volk wird die von seinen Unterdrückern hingemordeten Sowjetfreunde nicht vergessen, und ihr Andenken wird die mit Blut zusammengeschweißten Völker zweier großer Staaten noch fester verknüpfen. Die Sowjetregierung erblickt in den unerhörten barbarischen Akten der chinesischen Konterrvolution und der hinter ihr stehenden Kräfte den Ausdruck einer Offensive gegen die Sowjetunion. Indem die Sowjetunion ihre Friedenspolitik fortsetzt, die in dem Abrüstungsvorschlag

auf der Genfer Konferenz erneuten Ausdruck fand, ist sie zugleich auf das Schlimmste gefaßt und wird nicht unvorbereitet überrascht werden. Im Namen der Sowjetregierung protestiert das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten vor der ganzen Welt gegen die Ausschreitungen der chinesischen Konterrvolution. Die Sowjetregierung behält sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig erachtet wird angesichts der blutigen Verbrechen, die in Süchina gegen die Sowjetunion verübt wurden. Diese bestialischen Akte können nicht ungestrukt bleiben.“

Aus der Tätigkeit der G.P.U.

Eine monarchistische Organisation in Odessa?

Die G.P.U. hat anlässlich des zehnjährigen Jubiläums ihres Bestehens gewissermaßen sich selbst ein Geburtstagsgeschenk dargebracht in Form einer aufgedrehten monarchistischen Organisation in Odessa. Es handelt sich dabei angeblich um Anhänger des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch. Die Organisation soll die Sprengung von Eisenbahnbrücken und Attentate auf hohe Sowjetbeamte vorbereitet haben. Alle Mitglieder der Organisation - 42 an der Zahl - sind verhaftet, darunter auch einige Offiziere der Roten Armee, Sowjetbeamte und mehrere Emigranten, die auf illegalem Wege über die rumänische Grenze nach Rußland gekommen sind. Das Zentrum dieser Organisation soll sich in Bukarest befinden.

Etwa zwei Duzend leitender Persönlichkeiten der G.P.U. ist der „Orden der Roten Fahne“ verliehen worden.

Dirschau als polnischer Holzhafen.

Ein Druckmittel gegen Litauen und Danzig.

Warschau, 23. Dezember.

Die polnische Regierung hat endgültig beschlossen, Dirschau zu einem Seeholzhafen auszubauen. In dem Budget für 1927/28 ist schon die Summe von einer Million Zloty für diesen Zweck vorgesehen.

Dirschau liegt 30 Kilometer südöstlich von Danzig, am linken Ufer der Weichsel. Es ist eine uralte Stadt, schon um 1200 in einer polnischen Siedlungsurkunde an den Johanniterorden genannt. Es kam bei der ersten Teilung Polens an Preußen, gehört jetzt wieder zu Polen.

Die polnische Regierung hat jetzt 470 000 Zloty als erste Rate in den Staatshaushalt eingelegt, um aus Dirschau einen „Seeholzhafen“ zu machen. Dieser Entschluß ist in einem Augenblick gefaßt, wo Verhandlungen mit Litauen beginnen sollen, um die Holzexporte durch Litauen über Memel freizubekommen. Es ist also als diplomatisches Druckmittel gemeint. Aber man kann Holz aus der Weichselgebiet unmöglich über die Weichsel transportieren. Es wird von dem Plan nur übrig bleiben, daß er eine Kontingenz gegen Danzig darstellt.

Eine Stimme aus dem Grabe. Gegen Keudell und die Schulreaktion.

Genosse Dr. K. Müller-Potsdam schreibt uns:

Wie wenig sich doch die Zeiten und Menschen ändern! Wenn es vergangen ist, alte Akten zu durchforschen, um Vergangenes wieder lebendig werden zu lassen, wer insbesondere die Kulturarbeit solcher vergangenen Zeiten studieren will, wird mit Erstaunen gemahrt, daß in der Tat innerhalb eines Jahrhunderts die Menschen sich kaum ändern.

Man schreibt das Jahr 1808! Preußen liegt in jurchbarer Erniedrigung am Boden. Die geistigen Kräfte sind aber noch gewachsen, wo die physischen und die der Waffen verfallen. Man bemüht sich von allen Seiten, diese geistigen Kräfte weiter zu erwecken, sie zu stärken und zusammenzufassen. Die Staatsleitung hat auf Fichtes, Steins und Pestalozzis Ideen hin den Plan zu einem Schulgesetz gefaßt, und in der Stille arbeiten Säuern, Nicolaius und andere an seinem Inhalt. Das geht zwar sehr langsam, aber von allen Seiten tragen Interessierte Steine herbei, daß der Bau gefördert werde. Aus allen Provinzen kommen solche Vorschläge.

Auch Ostpreußen steht nicht hinten an. Mehrere solcher Vorschläge — zum Teil sehr umfangreicher Art — liegen bei den Akten. Einer stammt aus Marienburg. Ein Superintendent Heinel hat ihn sehr sorgfältig ausgearbeitet und sein fauberschrieb abgeschrieben. Säuern hat ihn zur Begutachtung und Erledigung bekommen.

Wie so viele geht Heinel auf die körperliche Entwürdigung der Jugend aus. Überall will er Volksschulen für gymnastische Übungen errichten. Jedes Dorf soll eine solche haben. Wie das im einzelnen gedacht ist, kann hier nicht dargestellt werden. Turnen will er lehren.

Aber an einer Stelle spricht Superintendent Heinel von der Schule im allgemeinen, und da steht ein Wort, das den Vätern des heutigen Schulgesetzentwurfs, den Keudell und Peitengas, in die Ohren gellen sollte:

„Jede kleine Stadt und jedes Kirchdorf sollte eigentlich nur eine Schule haben, und hat sie an allen Orten, wo nicht Vorurteil, Predigerstolz und eigensinniger dem öffentlichen Unterricht Hindernisse in den Weg legen. Nur in Westpreußen findet man oft in unbedeutendsten Dörfern zwei Schulen, in denen die Kinder auf katholische Manier lesen, schreiben und rechnen lernen, indes die anderen derselben auf protestantische Manier lernen.“

Könnten nicht beide miteinander vereinigt etwas Besseres leisten und in der Religion dafür dem Prediger und Schullehrer dieser Konfession überlassen bleiben, und durch Trennung der Knaben und Mädchen der Schulunterricht zweckmäßiger gestaltet werden? Doch sei dem, wie ihm wolle, der gymnastische Unterricht ist weder protestantisch, noch katholisch, noch mennonitisch, und es darf in jedem Kirch- oder Schuldorf nur ein einziger gymnastischer Lehrer angelegt werden.“

So Heinel im Jahre 1808! Ein evangelischer Superintendent! Einer, der es für Unfug hält, die Kinder nach den Konfessionen zu trennen, außer im Religionsunterricht. Was hörten wir Menschen von heute, die sich gegen die Ungeheuerlichkeit des Keudellschen Entwurfs auf die freie Entwicklung des deutschen Volkes und Volkes zur Wehr setzen.

Was Keudell heute will, was sich im Laufe des Jahrhunderts (Soll sei dank verflüchtigt, die unglückselige Zerstückelung der zusammengehörigen Jugend einer Gemeinde, hier zeigt es Heinel in der Praxis fabelhaft auf. Und wo lag der Grund dafür? In „Vorurteil, Predigerstolz und eigensinn“. Das ist sehr milde ausgedrückt. Bisher hätte Heinel selbst noch gestiftet in Hochmut, konfessioneller Verbarrtheit, Priesterherrschucht, Unverträglichkeit und theologischer Fanatik; gesprochen, wenn er nicht seine Amtsbrüder hätte schonen wollen. In brüderlicher Rücksicht nennt er nur diese Eigenschaften, die am meisten in die Augen fallen.

Wird es in Zukunft anders sein? Mit nichts! Bei der gesteigerten Temperatur unserer Tage werden die Gegensätze durch die Gefährlichkeit nur noch mehr verschärft

Dem Andenken Mollenbuhrs. Zahlreiche Beileidstundgebungen.

Beim Parteivorstand sind anlässlich des Todes Hermann Mollenbuhrs zahlreiche Beileidstundgebungen eingegangen, aus denen wir die folgenden hervorheben:

Dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands spreche ich zu dem schweren Verlust, den die Sozialdemokratische Partei durch das Ableben ihres hochverdienten Mitgliedes, des früheren Reichstagsabgeordneten Hermann Mollenbuhr, erlitten hat, meine aufrichtigste Teilnahme aus. Ich werde dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Reichsfanzler R o r g.

Werte Genossen!

Anlässlich des Ablebens des Genossen Mollenbuhr spreche ich Ihnen unser aufrichtiges Beileid aus.

Mit dem Verstorbenen ist nicht nur ein verdienstvoller Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse, sondern auch einer von der alten Garde dahingegangen, dessen Name weit über die Grenzen Deutschlands bekannt war und der mit zu denen gehörte, mit deren Händen der Grundstein gelegt wurde zu der modernen sozialistischen Bewegung in Europa.

Mit brüderlichen Grüßen

Auslandsperktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Ruhlands.

A. M. K. Abramowitsch. Th. Dan.

Werte Genossen!

Hier erschüttert durch das Ableben des Genossen Hermann Mollenbuhr, in dem der fünfzigjährige Kampf des deutschen und des internationalen Proletariats seine edle Verkörperung gefunden hat, spreche ich im Namen der Sozialdemokratischen Partei Genossenschaft der deutschen Brüderpartei unsere wärmste Anteilnahme aus.

Mit sozialistischem Gruß

A. Iseretelli.

Mollenbuhrs Bestattung.

Die Beerdigung unseres Genossen Hermann Mollenbuhr findet am Dienstag, dem 27. Dezember (A. Feiertag), nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

werden und sich im Kulturleben unseres Volkes, zuvörderst im Schriftgute, auswirken.

Das, was wir Gegner des Keudellschen Gesetzentwurfs ahnend konstruieren und voraussehen, hier zeigt es der Superintendent Heinel aus Marienburg im Jahre 1808 in der Wirklichkeit! Was Preußen langsam überwand, das soll nun am lebendigen Leibe des Deutschen Reiches ausgeprobt werden.

Kommunistische Stagnation.

Ein Bericht der kommunistischen Bezirksleitung Reußlän.

Der Tätigkeitsbericht der kommunistischen Bezirksleitung Reußlän zeigt ein Bild der Stagnation der kommunistischen Organisation. Der Bezirk Reußlän hatte im Januar 1927 1116 kommunistische Parteimitglieder, im Oktober 1131. In dieser Zeit sind 25 Mitglieder aus der Jugend übergetreten, so daß von den Mitgliedern 10 verloren gegangen sind.

Die Abonnentenzahl der „Roten Fahne“ in Reußlän stieg von 234 im Januar auf 2763. Die Steigerung ist nur scheinbar, da 152 Abonnenten von Brtg. Budow und Rudow auf Reußlän übernommen wurden.

Die kommunistische Bewegung im Oktober brachte ganze 25 neue Parteimitglieder und 250 Abonnenten für die „Rote Fahne“.

reproduziert. Natürlich kommt der amerikanische Filmkonzern aus anderen Quellen als der russische. Bei den Amerikanern umschließt verfeinerte Routine, bei den Russen das riesige Menschenmaterial, die Stankowitsch-Tradition oder der analysierende Blick der jungen Regisseurgeneration aus der Pabstow- oder Eisenstein-Schule.

Es ist die Tragikomödie des deutschen Films, daß fast zwei Drittel seiner Regisseure von der Operette kommen und nicht aus dem praktischen Leben, daß deswegen die Russen, auch wenn sie lächerlich und häßlich ist, aus Bequemlichkeitsgründen oder aus Unfähigkeit dem Leben vorgezogen wird.

Die sachliche Reproduktion und Erfassung des zu schildernden Wirkens ist die erste Bedingung, die eine Hebung des deutschen Filmbereichs bringen kann. „Nicht Operette, sondern Wirklichkeit“, nur unter dieser Devise wird der deutsche Film verlorenes Terrain wieder erobern können.

Unbekannte Goethe-Briefe. Von nicht weniger als fünfzehn bisher völlig unbekanntem Briefen Goethes konnte Else von Konon (Schwerin) in der Berliner Gesellschaft für deutsche Literatur Mitteilung machen. Sie sind an den Göttinger Historiker Georg Sartorius (1765—1828) und dessen Frau, Karoline, geb. von Boigt, gerichtet und beinhalten sich im Besitz eines Kreantzes des Gelehrten in Hannover. Goethes Beziehungen zu Sartorius, den er 1801 kennengelernt hatte und der ihn 1808 mit seiner Frau in Weimar besuchte, waren bekannt; von den Briefen jedoch bisher 8 Originale; 22 andere hat die Weimarer Ausgabe nach den Konzepten gedruckt. Zehn von diesen sind ebenfalls in Hannover erhalten und weichen von den Drucken nur unwesentlich ab; dagegen sind die 14 anderen gänzlich neu. Sie entstammen den Jahren 1806 bis 1815; daß in dieser Zeit, namentlich im Jahre 1806, der Wechsel sehr reger war, ging schon aus Goethes Tagebuch hervor. Während Sartorius, der von der Universitätslaufbahn in die Diplomatie übergehen wollte, um Goethes Unterstützung bat, die sich jedoch wegen der politischen Verhältnisse nicht auswirken konnte, läßt sich Goethe Bücher aus der Göttinger Universitätsbibliothek für die Arbeit an der Farbenlehre schicken und froht nach historischen Einzelheiten. Goethe schickt von seinen Dichtungen und empfiehlt Bekannte, so auch den jungen Schopenhauer; vielfach werden die politischen Ereignisse berührt. Besonders Wichtiges enthalten die Briefe über die Farbenlehre, namentlich über Goethes Stellung zu Newton und das in diesen Zusammenhang gehörende Gedicht „Kajenpfeife“.

Society's Übertragung. Die am Montag, dem 26. d. Mts., angelegte Studiaufführung „Eingabe Kalendriers“ von Helen Smith in der Victoria-Theater im Theater am Kolonnenplatz muß auf einen späteren Termin verlegt werden. Der Tag der Aufführung wird noch bekanntgegeben. Die gelbten Karten behalten ihre Gültigkeit.

Oslo Mahlets Rüste. Einmal, die Rüste anlässlich wird, gelangt am 28. in der Mahlets mit dem schweizerischen Orchester unter Leitung von J. H. Herstein zur Aufführung.

wonon im November schon wieder 77 abgepfungen sind. Ein solches Ergebnis, gemessen an der sozialdemokratischen Beibehaltung! Es ist begreiflich, daß bei solcher Stagnation der Bericht ein einziges Mangel über die Interessiertheit der kommunistischen Parteimitglieder ist.

Die Ermäßigung der Lohnsteuer.

Durch das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 22. Dezember 1927 wird die Lohnsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab ermäßigt. Die Ermäßigung besteht darin, daß sich der nach den bisherigen Vorschriften berechnete Steuerbetrag vom Arbeitslohn um 15 Proz. ermäßigt, höchstens aber um zwei Reichsmark monatlich, 0,50 Reichsmark wöchentlich, 0,10 Reichsmark täglich und 0,05 Reichsmark bei Entlohnung für je zwei angefallene oder volle Arbeitsstunden.

Außerdem ist die Kleinbetragsgrenze, bis zu der Steuerabzugsbeträge nicht erhoben werden, auf eine Reichsmark monatlich und auf 0,25 Reichsmark wöchentlich erhöht worden.

Um dem Arbeitgeber noch Möglichkeit umständliche Neuberechnungen zu ersparen, werden bereits in den nächsten Tagen neue Tabellen sowohl für monatliche als wöchentliche, als auch für tägliche und zweistündliche Entlohnung herausgegeben, aus denen er den abzugshenden Steuerbetrag ohne weiteres ersehen kann. Die Tabellen verteilt der Verlag der Reichsdruckerei, Berlin SW. 68, Alte Jakobstraße 106 (Postfachkonto Berlin NW. 7, Nr. 4). Lediglich dorthin sind auch Bestellungen von Tabellen zu richten. Die Bestellung erfolgt nur gegen Vorauszahlung des Preises oder gegen Nachnahme. Die Preise für diese Tabellen sind gegenüber den früheren Preisen weiterhin ermäßigt worden, sie betragen für die Monatsabelle 20 Pf., für die Wochentabelle 30 Pf., für die Tages- und Zweistundentabelle 20 Pf. Bei Abnahme von größeren Mengen werden die Preise noch weiter ermäßigt.

Es ist also jeder Arbeitgeber in die Lage versetzt, sich diese Tabellen, die ihm alle Einzelberechnungen ersparen, zu beschaffen. Im Übrigen ergeben sich die Einzelheiten der Neueingabe aus einem Erlaß, der bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann.

Karol oder die Republik!

Scharfe Kampfansage der rumänischen Bauernpartei.

Paris, 23. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Führer der rumänischen Bauernpartei, Raniu, erklärt sich im „Welt Pariser“ in scharfen Worten über den innerpolitischen Kampf in Rumänien. Seine Partei sei durchaus nicht karlistisch. Früher hätten sie zwar gegen die Abdankung des Prinzen Karol gestimmt und auch später noch Unterhändler zum Prinzen Karol geschickt, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Aber sie konnten nicht „katholischer sein als der Papst“. Seine Partei bekämpfe die Liberalen und die Regierung Bratianu mit allen Mitteln. Sollten die legalen Mittel nicht ausreichen, dann würde man auch zu allen anderen Mitteln Zuflucht nehmen. Die Regenschicht habe die Partei der Liberalen genommen. Er habe jüngst den Regenschicht auf die Gefahren dieser Haltung persönlich aufmerksam gemacht. Es hänge nur von der Regenschicht ab, ob sie dem Kampf zwischen der Bauernpartei und der liberalen Partei zum Opfer falle. Würde sie sich auch weiterhin den Liberalen anschließen, dann hätte sich die Bauernpartei für frei im Falle ihres Sieges, entweder Karol jurisdizieren oder die Republik auszurufen.

Hüter der „Demokratie“. Im Schluß des Artikels in der heutigen Morgenausgabe findet sich ein sinnentstellender Druckfehler. In der fünften Zeile von unten muß es richtig heißen: „andere heutigen gelehrten Richter über politische Rechte entscheiden zu lassen“. Die gesperrten Worte sind ausgefallen.

Gegen das Hindenburg-Wahlpatat. Die Ständige Delegation der französischen Friedensgesellschaften hat unter Vorsitz des Professors Charles Richat auf Vorstoß des früheren Abg. Le Troter eine Protestresolution gegen das Wahlpatat des „Cah de Paris“ angenommen.

Fra Diavolo.

Opernaufführung im Schauspielhaus.

Fra Diavolo, der ritterlich-berwegene Räuber, scheint den Bescheidenden Schrecken aller Götter und Braven, mit denen er sich als Karolier gemehrt macht — formales der Schinderhannes der französischen Opernbühnen. Salani, charmanter Opernheld, zurechtgeschnitten für den Gebrauch eines modernen Publikums und von je Günstling dieses Publikums, des — in der Gegenwart des Theaters — von Herzen bereit ist, sich mit dem Schicksal der Gesellschaft gemein zu machen. Vom Schinderhannes hat er so viel, wie Eugène Scire von Judmayer. Immerhin, dieser selbe Scire hat, zusammen mit demselben Komponisten Huber, dem Fra Diavolo die bessere Hälfte seines dauernden Bekanntheitsverdienstes, ein paar Jahre früher die „Summe von Partici“ geschrieben, deren politisch revolutionäre Wirkung (1830 in Brüssel) der Geschichte angehört, und deren hundertjähriges Jubiläum — 1928 — hoffentlich eins der Berliner Opernhäuser zu einer Revivalisierung veranlassen wird. Das wäre eine Sache für die Kammeroper.

Fra Diavolo also, das vollendetste Beispiel der Gestaltung französischer Singspiele, wird im Schauspielhaus in neuer Fassung gezeigt. Von der Kleiber-Hörth-Oper (richtiger für diesen Abend — und nicht nur für diesen — von der Leo-Blech-Oper). Die Vorstellungen, die Blech heranzubringt — und es sind, wie „Doktor Faust“, „Nacht des Schicksals“, „Traubandour“, zugeht die besten der Staatsoper — haben kein Geheiß; er gibt dieser Aufführung Ton und Stil der Singspiele, die sich vollkommener nicht wünschen läßt. Und das trägt auch über kleine Enttäuschungen der Regie hinweg. Es wird entschieden für den großen Erfolg, den die Darsteller, jeder an seinem Platz, unermüdet kultivieren, am ersten Tino Battieri, der lebenswüchsig-strahlende Räuberhauptmann, neben ihm Lilla de Carmo, Jaro Dmoritz und Waldemar heute, über dessen bezente Komik viel gelacht wird; und alle anderen. Klaus Bringsheim.

Entscheidung über den Neubau des Böttcherbundespalais. Das von der Böttcherbundesversammlung im September eingeleitete Fünferkomitee zur Auswahl des Bauplanes für das neue Böttcherbundespalais hat seine Arbeiten abgeschlossen und den Beschluß gefaßt. Dem Böttcherbundesrat das Projekt des Schweizer Architekten Hagenheimer-Renot als Basis für den Bau des Böttcherbundespalais zu empfehlen. Jedoch sollen diese beiden schweizerischen Architekten unter Ausnutzung des französischen Architekten Lesants-Paris, dem ungarischen Architekten Rago-Rom, sowie drei italienischen Architekten Broggi, Baracco und Franz einen neuen Entwurf ausarbeiten, der sodann dem Fünferkomitee zur Bestätigung vorgelegt werden soll. Die endgültige Entscheidung über den Bauplan liegt beim Böttcherbundesrat, dessen Zustimmung jedoch nunmehr nach der Entscheidung des Fünferkomitees lediglich einen formalen Charakter tragen wird. Das Komitee hat sich somit grundsätzlich auf die großen Linien des schweizerischen Projektes Hagenheimer-Renot geeinigt. Dieses Projekt sieht das Palais im französisch-schweizerischen Stil vor. Der Entschluß bedeutet somit den Sieg des französischen Architekturstiles.

Verlogenheit oder Sachlichkeit.

Von Hans Tasiemka.

Es ist überflüssig, über die Verlogenheit und Unangenehmheit des üblichen deutschen Filmanonstributes zu weilen, solange die Filmregisseure den primitivsten autowandigen Willkürstudien aus dem Wege gehen.

Kaffinierte Photographie, ausgezeichnete Charaktere, pfiffige Reklame, alles schön und gut! Wo bleibt aber beim deutschen Film die richtige Wiedergabe des Wirkens? Wohnzimmer in Bürgerhäusern werden zu Prunkwärdern, Kerze benehmen sich wie ich leicht erregene Interpellatoren, Redaktoren sehen wie Räuberhöhlen oya. Ein Filmstar soll eine Waga darstellen. Die Dame trägt angedicktes Haar und kokettiert mit ihren manikürten Fingernägeln. Begeben sich eigentlich die Regisseure, wenn sie proletarische Menschen zu schildern haben, höchstpersönlich vorher in die Frankfurter Allee oder in die Adlerstraße, um diese Menschen zu sehen, um ihre Bewegungen, ihre Reaktionen, ihr Lachen und ihr Weinen kennenzulernen? Sie denken gar nicht daran. Der Aufnahmeleiter geht auf die Filmstraße. Den Komparsen werden einige Bewegungen eingeblüht. Man schmeißt sie zu Salonproletariern um. Weder Bureau nach Tabakhof, weder Gefängnis noch Volkshaus, weder Küche noch Kammerplatz sehen in Wirklichkeit so aus, wie der deutsche Film sie zu zeigen beliebt. Es wird geschliffert, es wird bewacht oder unbewacht gelogen. Natürlich gibt es Ausnahmen. Dupont 1. B. zeigte im Parteifilm bis ins letzte genau und sorgfältig das Arbeitermilieu. Aber den wichtigsten Regisseuren gelingt es, Milieu und Sujet in Einklang zu bringen.

Die unmöglichsten Sachen passieren. Ich sah einmal im Film einen Wandersitz, dessen Publikum in drei, vier Städten aus demselben Verlonen bestand. In einem anderen Film stieg der Hauptdarsteller mit einem Strohhut ins Auto und kam zwei Minuten später mit einem Filzhut aus demselben Wagen heraus. Will ein Regisseur Reichtum charakterisieren, so übertrumpft er den gelamodvollsten Kaffee der Anstalt.

Diese Kleinigkeiten sind von großer Wichtigkeit. Denn im Kino konzentriert sich Gefühl, Wille und Intellekt aufs Gehe, und jeder Zuschauer von Geistesart wird durch Willkürstudien abgelenkt, dem Kino entfremdet. Der andere Teil des Publikums aber, der etwa Menschen und Schauspiel der Handlung nicht aus der Wirklichkeit kennt, wird irreführt, wird zu falschen Erkenntnissen erzogen. Falsche Illusionen werden erweckt und peinliche Heberwerbungen bei dem ersten Zusammenstoß mit der Wirklichkeit vorbereitet.

In der Wirklichkeitsberührung ist sowohl der amerikanische als auch der russische Film dem deutschen durchaus überlegen. Mit welcher Liebe, mit welcher Kenntnis, mit welcher Sorgfalt sind Berufsleute, Straßen, Kneipen, Menschenklassen, fremde Stadtbilder gesehen und

Strafanträge im Prozeß Egloffstein.

Den Adel für sich, die Millionen für den Rechtsanwalt.

Am 10 Uhr morgens begann Staatsanwalt Kysar mit seinem Plädoyer. Egloffstein sei zwar nicht als König der Affendiebe zu bezeichnen, trotzdem habe er aber in der Affenliebhaberbewegung der letzten Zeit zweifelsohne eine hervorragende Rolle gespielt; allein seine geistige Pinderwertigkeit schütze ihn vor dem Zuchthaus. Deshalb beantragte der Staatsanwalt an Stelle der 11 Monate Einzelstrafe eine Gesamtstrafe in Höhe von zwei Jahren Gefängnis und einem Monat Haft. Gegen Egloffsteins Mitangeklagte Salzwitzsch, Wüstmann und Lütjmann je vier Monate Gefängnis.

Als erster Verteidiger kam Rechtsanwalt Dr. Fuchs zum Wort. Er erbrachte den Beweis, daß Egloffsteins Kampf um sein Recht auf das Adelsprädikat zuerst unbewußt, dann aber bewußt sein ganzes Leben bestimmt hat. Betrachtet man diesen Kampf Egloffsteins vom sozialen Gesichtspunkte aus, so erhält man einen Auschnitt aus dem Leben der Kreuze, für die der Name alles, der Mensch nur wenig bedeutet. Man möchte fast wünschen, daß dem Angeklagten gerade im gegebenen Augenblick, da Adel und Namen nichts mehr bedeuten oder wenigstens nichts mehr bedeuten sollten, ihm zureden würden. Man möchte seinen letzten Verwandten, den Freiherren von und zu Egloffstein, ihn, diesen Angeklagten, ihren unehrenhaften und doch so isolierten verwandten Sproßling, Dersel vom Egloffstein, Außerst bezeichnet für die Art dieses Menschen war sein erstes Gespräch mit dem Rechtsanwalt Fuchs, als er zu ihm kam, um ihn zu bitten, den Kampf für seine Rehabilitierung aufzunehmen. Als Rechtsanwalt Fuchs ihm versprach, Namen, Adel und Anteil an dem großen Egloffsteinschen Familienvermögen zurückzuschaffen, meinte er mit großer Geste: Namen und Adel für mich, die Millionen für Sie — natürlich hätte er auf die Millionen schließlich nicht verzichtet. Rechtsanwalt Fuchs legte dem Gericht den dokumentarischen Beweis vor, daß Egloffsteins Vater, Christian Freiherr von Egloffstein, zwar auf das Adelsprädikat und auf die Zugehörigkeit der Familie für sich und seine Nachkommen verzichtet habe, daß jedoch König Ludwig von Bayern diesem Verzicht allein mit der Klausel zugestimmt habe: Unbeschadet Daraus, Demgemäß hat Egloffsteins Vater seine Kinder in das Geburtsregister als Freiherr von Egloffstein, genannt Dersel, eingetragen. Rechtsanwalt Dr. Thoma zeigte auf, wie der Angeklagte zwanzig Jahre im Kindei in das Leben, wie es gekommen war, hineingetrieben worden sei. Die Schuld könne nicht ihm allein treffen. Rechtsanwalt Dr. Hildebrand sprach für die übrigen Angeklagten.

Wer ist der Täter?

Noch keine Aufklärung des Verbrechens im Dorortzug.

Das Verbrechen im Dorortzug ist trotz der unangelegten Nachforschungen, die Kriminalrat Gernot und Kommissar Sippe mit ihren Beamten weiter betrieben, immer noch nicht aufgeklärt. Für die Täterhaft hat sich noch kein Anhalt gefunden. Der Zustand des überfallenen Mädchens ist immer noch sehr bedenklich. Die Schwerverletzte liegt noch ohne Bewußtsein und steht im Krankenhanse unter ständiger ärztlicher Beobachtung. Es scheint, daß Dora Berste auf dem Bahnhof Zoo allein in das Abteil eingestiegen ist. Bisher hat sich aber noch niemand gemeldet, der sie dort bei der Abfahrt oder später gesehen hat. Verdächtig ist wohl der Umstand geworden, daß die Berestische nach dem Ueberfall noch eine halbe Stunde hilflos dazuliegen hat. Dora Berste hat eine mittelgroße Gestalt, ein frisches, rundes Gesicht und trug einen dunkelblauen Filztopf mit Kipsbandornamentierung und einen dunkelbraunen Tuchmantel mit breitem Opiumschiffeltrager und breiten Karmelausschlagen aus gleichem Stoff. Auch der Ruffel aus Opiumschiffel zusammengefaßt. Unter Hinweis auf die Bezahlung von 2000 Mark werten alle, die zur Aufklärung beitragen können, dringend gebeten, sich im Zimmer 104 des Polizeipräsidiums zu melden. Es kommt jetzt sehr darauf an, ob sich Fahrgäste des jüngsten Zuges und anderer in demselben Abteil befindlicher Züge erinnern.

Bei den Blinden.

Für den Verwalterbezirk Friedrichshain konnte die dort vor einigen Jahren gegründete Blindenkommission auch diesmal wieder eine Weihnachtsbescherung für Blinde veranstalten. Über hundert Schüllinge der Kommision, blinde Frauen und Männer und auch einige Kinder von Blinden, saßen im großen Saal des „Frankfurter Hofes“ an drei langen Tischen und wurden zunächst mit Kaffee und Kuchen bewirtet. An dem hochragenden Weihnachtsbaum leuchteten die Kerzen auf, aber ihr schimmernder Glanz durchbrach nicht die Nacht, die das Auge des Blinden umhüllt. Dem Schenken war's ein ergötzendes Bild, diese unter dem Weihnachtsbaum dicht beieinanderstehenden Blinden, von denen viele schon die Schwelle des Greisenalters überschritten hatten. Als Vorsteher der Blindenkommission begrüßte Gemeindevorsteher Keindl mit einer freundlichen Ansprache die Teilnehmer der Weihnachtsfeier, neben den Schüllingen der Kommission die als Gäste erschienenen Mitglieder des Bezirksamts und der Bezirksversammlung, Vertreter der Wohlfahrtspflege, des Hauptpostensamts usw. Er erinnerte an Peter Kollegers Worte: „Anderen Menschen eine Freude machen, ist das Schönste, was ein Mensch tun kann.“ Ein von dem Orchester des Sondersingens Orchesters ausgeführtes Konzert und Gesangsbeiträge des Sondersingens Orchesters und der Opernsängerin Effe Friedrichs erweckten die Freude der Blinden und fanden warmen Beifall. Im Laufe der Feier nahm auch Bezirksbürgermeister Genosse Reich das Wort und wies auf die gegenwärtige Arbeit der Blindenkommission hin. Die persönliche Betreuung der Blinden durch diese Kommission sei, sagte er, ein Vorbild der individuellen Fürsorge, die wir in der allgemeinen Wohlfahrtspflege wünschen. Stadtrat Genosse Mann, der Delegiert für die Wohlfahrtspflege des Bezirks, entließ die bedeutenden Blinden in einer Schlussansprache mit freundlichen Festwünschen.

Die Weihnachtsgeschenke waren hauptsächlich nächste Lebensmittel und wärmende Kleidung für die Kinder und auch Spielzeug und Weihnachtsschereien. Mit kostenden Händen prüften die Blinden, was der „Weihnachtsmann“ auf ihrem Weg niedergelegt. Die Kosten der ganzen Veranstaltung sind größtenteils durch Beiträge aus der Bevölkerung aufgebracht worden, durch Geldspenden, durch Warenspenden von Geschäftleuten. Auch Konzert und Sologesang wurden von den Mitwirkenden kostenlos gemäht, ebenso der Saal von dem Inhaber.

Volkskonzert in der Singakademie. In der Singakademie konzertierten am Sonntag die Bläserkapelle unter ihrem leitenden Führer, Professor Julius Bräuer, und besetzten uns einen Wagner-Abend von hohem künstlerischen Niveau. Es hieß natürlich **Götter und Menschen**, wolle man die Leistungen dieses Orchesters nochmals einer besonderen Würdigung unterziehen. Aber die unendlich wohnende Ausgeschiedenheit dieses Konzerts verlor, in unserer heutigen jagdbareren Zerrissenheit, unwillkürlich zu einem Lobeshymnus. Die Ouvertüre zum „Hörsenden Holländer“ eröffnete den Abend, dem Elias Kravtsov aus „Lehngänger“ folgte. Und dann sang Frieda Seiber. Mit aller Vornehmheit gepflegter Gesangsart und ihrem Empfinden brachte sie fünf Wagnerische Gesänge, von denen besonders „Treidhaus“ und „Traume“, diese unerschütterlichen Lieder, tiefste Wirkung auslösten. Als Krönung ihrer Leistungen sang sie zum Schluß „Hörsenden

Schlammflut über Berlin.

In zehn Stunden 51 Wasserrohrbrüche. — 120 Glätteunfälle.

Die Befürchtungen, daß der plötzliche Temperaturwechsel eine Schlamm- und Wasserflut über Berlin bringen würde, sind in vollem Umfang eingetroffen. Schon in den letzten Abendstunden waren die Hauptverkehrsstraßen für Fußgänger kaum noch passierbar. Autobusse und Autos konnten sich nur schwer einen Weg durch die fast zehn Zentimeter hohe Schlammflut bahnen. Die Bürgersteige waren dagegen mit starker Glatteisdecke überzogen und bildeten eine große Gefahr für das Publikum. Die Glätte war so, daß viele Fußgänger lieber den Weg im Schlamm des Fahrdammes der Gefahr des verletzten Bürgersteiges vorzogen. Im Laufe der Nacht und auch noch heute vormittag ereigneten sich wahre Massenstürze. Nicht weniger als einhundertzwanzig Personen kamen zu Fall und erlitten zum Teil komplizierte Brüche. Die städtischen Rettungstellen wurden die ganze Nacht fast in Anspruch genommen. Einige Schwerverletzte mußten von den Rettungstellen in Krankenhäuser übergeführt werden. Unter ihnen ist der bekannte 72-jährige Schauspieler Dr. Max Pohl vom Staatstheater, der am Karfunkelkamm ausglitt und einen komplizierten Ellenbogenbruch sowie innere Verletzungen erlitt. Der alte Herr fand im Franziskus-Sanatorium Aufnahme.

Die Berliner Feuerwehr.

Die gestern allein 23mal auf den Alarm „Wasserrohrbruch“ auszurufen mußte, kam auch in der Nacht nicht zur Ruhe. Unaufrichtig kamen aus allen Stadtteilen Hilferufe. Von 24 Uhr bis heute vormittag um 10 Uhr, also in genau 10 Stunden, erfolgten weitere 51 Wasserrohrbrüche. Ferner mußte die Wehr mehrmals ausrücken, um gestürzte Bäume aufzurichten und Verkehrshindernisse zu beseitigen. Eine Großschlacht bei der Feuerwehr. — Heute vormittag kam es in verschiedenen Stadtteilen durch die Verschlammlung und Verwundung der Straßenbahnwagen zu erheblichen Störungen. Auf der Charlottenburger Chaussee nahm ein Zusammenstoß zwischen einem Schneepflug der Straßenreinigung und einem Auto gefährliche Formen an. Der Schneepflug blieb plötzlich stehen, und ein Auto, dessen Fahrer nicht mehr rechtzeitig bremsen konnte, fuhr hinein auf. Mehrere andere Wagen havarierten zu gleicher Zeit, und in wenigen Minuten war der Fahrdamm völlig gesperrt. So daß es weder vorwärts noch rückwärts ging. In knapp zehn Minuten hatten sich etwa 400 bis 500 Fahrzeuge gestaut, so daß der Verkehr lahmgelegt wurde. Erst nach fast 1½ Stunden war die Störung behoben.

Einstellung von 4000 Arbeitslosen.

Das plötzlich einbrechende Tauwetter hat an die Berliner Straßenreinigung ganz außerordentliche Anforderungen gestellt. Obwohl heute früh sofort sämtliche technischen Hilfsmittel, die für derartige Nöted zur Verfügung stehenden 250 Schneepflüge, in den Hauptverkehrsstraßen eingesetzt wurden, unterlag zunächst doch die

Straßenreinigung in dem Kampf gegen die Schmutzmassen. Die Beseitigung der Schnee- und Schmutzmassen auf den Fahrdämmen gestaltete sich deshalb so außerordentlich schwierig, weil die Eisflut nur in der Mitte der Straße infolge des Wagenverkehrs aufgelockert war, an den Bordstreifen zum Teil aber noch ein festgefrorenes Schicht bildete, die erst mit Hacken und Eispickeln zertrümmert werden mußte. Diese Schwierigkeiten wurden noch dadurch vergrößert, daß auch dort, wo Schnee und Eis schon getaut waren, infolge des starken Frostes der Vortage die Gullis und Abflüsse vollständig vereist waren, so daß die Schlamm- und Schmutzmassen, die bei starkem Autoverkehr wahre Schmutzfluten auf die Passanten spritzen ließen, nicht abfließen. Außer den Stammarbeitern der Straßenreinigung von 3200 Mann wurden bis gegen 10 Uhr durch die Bezirksstraßenreinigungsdirektion, die sich an die Arbeitsämter wandten, 4000 Arbeitslose angeworben, die, gleichfalls mit Stahlschleibern und Beilen ausgerüstet, in den Dienst gestellt wurden, um wenigstens an den Straßenkreuzungen der Hauptverkehrsstraßen provisorische Uebergänge für die Fußgänger zu schaffen. Viele Kräfte reichen angesichts der trostlosen Verfassung der Straßen und Uebergänge aber noch keineswegs aus, um Berlin am heutigen Tage wieder in den Ruf der saubersten Stadt Europas zu bringen. Die Ursache dafür, daß man nicht mehr Hilfskräfte einstellen kann, ist darin zu suchen, daß nur ein Teil der Arbeitslosen im Besitz der erforderlichen Kleidung und des notwendigen ganzen Schuhwerks ist, und daß auch nicht alle Erwerbslosen für diese Arbeit in Frage kommen, da man nur handfeste Leute dazu brauchen kann. Die Erwerbslosen werden zu dem tarifmäßigen Lohn bezahlt und erhalten etwa 7 M. pro Tag. Die Direktion der Straßenreinigung hat angeordnet, daß heute und die folgenden Tage Ueberstunden gemacht werden, und man hofft, daß man wenigstens heute im Laufe des Tages die Hauptverkehrsstraßen einigermaßen von den Schmutzmassen befreien könne.

Die Eisenbahn hat noch starke Verspätungen.

Während Stadt- und Ringbahn in der Nacht und heute morgen einigermaßen regelmäßig verkehren, weist der Fernverkehr noch immer starke Verspätungen, besonders aus dem Süden und aus dem Südwesten des Reiches auf. Aber auch die von Stettin kommenden Züge hatten Verspätungen bis zu 40 Minuten. Die Ursache ist überall das Glatteis, das sich auf der freien Strecke recht unangenehm bemerkbar macht. Besonders auf kleineren Stationen, wo die Entfernung der Eisbedeckung von den Schienen Schwierigkeiten bereitet, erleiden die Züge Verspätungen, weil die Räder der Lokomotive keinen Halt finden. Die Berliner Eisenbahnen werden auch heute noch ebenso wie in der ganzen Nacht das Streckennetz überwachen, um Eintritten der beweislichen Teile an den Gleisen und Signalen zu verhindern. Man hofft, daß die zunehmende Erwärmung allmählich selbst dafür sorgen wird, daß keine allzu starke Eisbildung mehr auftritt, doch ist der Boden stellenweise bis zu 1½ Meter Tiefe gefroren, und diese Schicht dürfte noch heute und morgen so viel Kälte ausstrahlen, daß niedergebender Regen sofort gefriert.

Liebestadl ihre Partie, sie ist bekanntlich die beste Fische, die wir überhaupt heute besitzen. Das Orchester spielte noch „Barfisch“, das „Waldweber“, unendlich fein empfunden und zum Schluß die Lounsbauer-Duettstücke. Ein wirklich genussreicher Abend. Die übliche Begleitung der Zuhörer folgte der Veranstaltung des Abends, der Kunstdeputation Berlin-Mitte, wohl den schönsten Dank.

Der Säuglingsfilm vor Gericht.

Festsetzung mit „Eventualverurteilung“.

Die für die gesamte deutsche Kinoindustrie wichtige Vorentscheidung der Strafkammer des Landgerichts III als Grundlage für eine spätere endgültige Entscheidung des Kammergerichts über die Frage, ob Säuglinge gefilmt werden dürfen, erfolgte heute. Zunächst wurde nach die Dozentin Dr. Ruffe vom Volkshochschulstudium als Sachverständige für Kinderpsychik vernommen. Sie gab eine Schilderung der Entstehung des Kindersehens, gefolgt von Ursprünglich sollte sich das Verbot nur auf die öffentliche Verwendung von Kindern erstrecken. Dann habe sich die Auffassung aber auf Grund eines Gutachtens von Prof. Dr. Czerny geändert. Dieser vertrete den Standpunkt, daß jede Kinoaufnahme von Säuglingen zumindest eine Störung ihres geistlichen Befindens herbeizuführen geeignet sei. (Nicht im Gegensatz zu der Auffassung von Prof. Langstein und Prof. Viehmann.) Prof. Czerny habe sich daher auch gegen jede postive Verwendung von Kindern unter drei Jahren im Film ausgesprochen und diese Auffassung teile jetzt auch das Volkshochschulstudium.

Der Staatsanwalt hielt seinen Antrag zurück und verlangte nochmals die Bestrafung des Angeklagten Kühnemann mit 100 Mark. Das Gericht kam zu einem Freispruch, und der Vorsitzende, Landgerichtsrat Fischer, erklärte in der Urteilsbegründung: Die von der Verteidigung gewünschte endgültige Entscheidung kann die Strafkammer nicht treffen, das muß dem Kammergericht überlassen bleiben. Nach Aufhebung der Strafkammer ist in einer Verurteilung die aktive Verwendung von Kindern nötig, was hier nicht der Fall ist. Das Gericht ist sich bewußt, daß das Kammergericht als höhere Instanz ebenfalls noch über diese Sache zu entscheiden haben wird. Damit nun das Kammergericht aus rechtlichen Gründen in der Lage ist, sofort eine endgültige Entscheidung zu fällen, bringt das Gericht in diesem Urteil zum Ausdruck, daß es, wenn es nicht zur Freisprechung gekommen wäre, höchstens die Mindeststrafe von drei Mark angelegt hätte.

300 Mark statt 1 Jahr Zuchthaus.

Der Oberpostkammer R. war vom Großen Schöffengericht Charlottenburg wegen gewinnfälliger Affendiebstahl in 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Er hatte von allen Paketadressen entwertete Briefmarken abgelöst und auf neue Paketadressen geklebt. Die alten Stempel hatte er durch neue Stempel überdeckt. Im ganzen handelte es sich um 14 Fälle. Die einen Betrag von etwa 18 M. ausmachen. Die auf diese Weise erlangten Beträge hatte R. nicht für persönliche Bedürfnisse verwendet, sondern zur Deckung von Fehlbeträgen, die in keiner Vorfälle entstanden waren. Das Schöffengericht hatte angenommen, daß die Paketmarken amtliche Urkunden seien und daß der Angeklagte sie in nebulöser Absicht vernichtet habe. In Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte eine 25-jährige tadellose Dienstadt hinter sich hatte und fünf Kinder behielt, wurde auf die Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus erkannt. Die dagegen einzuwendende Berufung war von der Strafkammer des Landgerichts III mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß durch die Abhebung der Marken von den Paketadressen und die Entfernung des Poststempels die Beweiskraft der Urkunden zerstört worden sei. Wegen diese beiden Entscheidungen hatte Rechtsanwalt Dr. Jacques Abraham Berufung beim Reichsgericht angelegt und dieses hatte sich in ausführlicher Begründung den vorgetragenen Rechtsgründen angeschlossen, daß der Angeklagte bei der Loslösung der Briefmarken nicht die Absicht einer Urkundenvernichtung verfolgt habe, sondern daß dies in der Vordereinstellungshandlung fester geblieben sei. Nach dem Reichsgericht, das das Urteil aufhob und an das Landgericht zurück-

verwies, kommt nur ein Vergehen wegen Entfernung und Verwendung schon einmal benutzter Post- und Telegraphenwertzeichen in Frage. Nun hatte sich R. erneut vor der Berufungskammer des Landgerichts III, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siegel, zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Jacques Abraham wies jedoch nach, daß nach dem für das Vergehen des Angeklagten allein in Betracht kommenden § 26 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs eine Strafbestimmung, die höchst selten bei den Gerichten zur Aburteilung gelangt, nur eine Höchststrafe von 600 M. vorgelesen sei. Die Strafkammer hob nunmehr das vom Schöffengericht ergangene Zuchthausurteil gegen den Angeklagten auf und erkannte gegen ihn auf 300 M. Geldstrafe.

Weihnachtsäpfel.

Unter Weihnachtsäpfel verstanden unsere Großeltern nicht gerade Äpfel jeder beliebigen Art. Bismarck wurden darunter vornehmlich die rotbackigen und kleinfruchtigen Äpfel gemeint. Dieser Brauch herrscht auch heute noch vor, denn die Vorliebe beim Ankauf von Äpfeln zur Weihnachtszeit gibt die beste Antwort. Die roten Jungferäpfel (rote Häpfe), die rote Sternrenette, der Berner Rosenapfel, Danziger Kantapfel, Burpurreinetten und ähnliche Sorten mehr sind jederzeit die rechten Weihnachtsäpfel gewesen, und sie sind es heute noch, da sie um diese Zeit besonders gefragt sind, um dann als Schmand am Weihnachtsbaum und als Festspeise zu dienen. Der Apfel vereint nämlich in sich die ihm von der Natur geschenkten Stoffe, Fruchtzucker, Salze und Aromastoffe in feinstlicher Zusammenfassung und macht der Bezeichnung Festspeise alle Ehre. Ein Körbchen mit Weihnachtsäpfeln, in hübscher Anordnung gefüllt, soll auf dem Weihnachtsstisch nie fehlen.

Der neugierige Mann!

Ein lustiges Stücklein wird aus Brünn gemeldet, wo bei dem Frauenporträt eines berühmten Arztes über „Die Frau in ihrer geschlechtlichen Eigenart“ für alle Männer der Zutritt streng verboten war. Der einzige „erlaubte Mann“ war der Volkshochschulstudium. Dieser mußte bald in Aktion treten, denn die Zuhörerinnen lauden das Benehmen einer Dame sehr sonderbar und ließen daher amüßlich ihre geschlechtliche Art feststellen, wobei sich ergab, daß ein neugieriger Student Frauenkleid angelegt hatte. Er mußte unter dem Spott der Hörerinnen den Saal verlassen.

Am 1. Weihnachtsfeiertag sind die Fleischläden geschlossen! Der Zentralverband der Fleischer hat mit der Organisation der Berliner Fleischmeister ein Tarifabkommen getroffen, nach welchem an den ersten Feiertagen der großen Feste, Ostern, Pfingsten und Weihnachten die Arbeit zu ruhen hat. Im Interesse der Beschäftigten werden die Konsumenten gebeten, sich mit ihren Einkäufen darauf einzustellen und nicht etwa „hintenherum“ einzukaufen. Die Funktionen des Zentralverbandes der Fleischer werden die Durchführung der tariflichen Bestimmung kontrollieren. Arbeiterfrauen, Hausfrauen, übt Solidarität!

Rentenzahlung für Januar 1928. Die Postanstalten zahlen die Militärversorgungsbeträge für Januar 1928 ausnahmsweise bereits vom 28. Dezember an aus. Ebenso werden die Unfall- und Invalidenrenten für Januar 1928 bereits an einem Tage im Dezember ausgezahlt, der den jeder Postanstalt durch Auszahlung an den Zahlstellen befristungsgemäß wird. Den Rentempfängern wird empfohlen, sich rechtzeitig über den für sie in Betracht kommenden Zahlung zu unterrichten. Zur ordnungsmäßigen Abwicklung des Rentenzahlverkehrs ist es notwendig, daß die Empfänger ihre Januarbeiträge an den von der zuständigen Postanstalt festgesetzten Zahltagen abgeben.

Bierlinge. Die 31jährige Frau des bei der städtischen Straßenbahn in Reuthen in Oberschlesien angestellten Buchhalters Berner hat vier Mädchen das Leben geschenkt. Die Kinder, die je drei Pfund wiegen, befinden sich wohl. Erst im Vorjahr war in Oberschlesien, und zwar in Oppeln, die Geburt von Vierlingen zu verzeichnen. Außer Oppeln war es in Brauchen im vorigen Jahre noch Düsseldorf, wo Bierlinge das Licht der Welt erblickten.

Die Metallarbeiter müssen . . . !

Ueber die getrigge Funktionärversammlung der Metallarbeiter in Essen, die der Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche gegenüber Stellung nahm und diese Stellungnahme — soweit sie sich nicht von selbst ergibt — motivierte, bringt die „Rote Fahne“ einen ihrem Niveau angepaßten Bericht mit der Ueberschrift: „Der Schlußakt des Verrats.“

Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß zu der Funktionärskonferenz „auch verschiedene Delegationen aus den Betrieben“ delegiert worden waren, um der Konferenz der Metallarbeiterfunktionäre „über die Lage in den Betrieben und die Kampfrichtung der Belegschaften“ Bericht zu erstatten.

„Die Delegationen wurden überhaupt nicht zu der Konferenz gelassen“ — sagt der Berichterstatter der kommunistischen Drahtzieher und bezeichnet die Abweisung der ungeladenen Gäste als „Schamlosigkeit“, um die wirkliche Schamlosigkeit der geplanten Quertreiberei zu bemängeln und sein nicht geringes Mißfallen darüber zu äußern, daß dieses kommunistische Manöver bereitet wurde.

Während nun das Blatt auf seiner zweiten Seite die ganze Funktionärskonferenz der Metallarbeiter des „Verrats“ beschuldigt, an den für die Gewerkschaften höchst unerbittlichen kommunistischen Parolen, distanziert es auf der ersten Seite seines gebildeten Papiers den Metallarbeitern, was sie tun müssen.

Die Metallarbeiter müssen mit dem Streik am 1. Januar antworten! — schreibt die „Rote Fahne“. Wenn es auf die kommunistischen Generalstreik- und Weltrevolutionsstrategien ankäme, dann allerdings müssen die Metallarbeiter ab 1. Januar in den Streik treten.

Da sich aber den Metallarbeitern gerade aus der jüngsten Bewegung die alte Wahrheit besonders eindringlich gezeigt hat, daß es auf ihre Einnützigkeit in erster Linie ankommt, werden sie „die Lösung: am 1. Januar Aufnahme des Streiks auf der ganzen Linie“ sehr weit links liegen lassen.

Was die Metallarbeiter samt allen übrigen freilohnerschaftlich organisierten Arbeitern wirklich tun müssen, ist: auf alle Parolen der KPD zu pfeifen!

Rüstung der Fleischwarenfabrikanten.

Der Reichsverband der Deutschen Fleischwarenfabrikanten hat sich — nach einem Bericht von seiner letzten Tagung — der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände angeschlossen. In den Lohn- und Manteltariffragen in der Fleischwarenfabrikation führte Dr. Schwerdt aus, daß die allgemeine Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiete, sowie speziell in unserer Industrie die Notwendigkeit einer verstärkten Mitarbeit des Reichsverbandes in Arbeitgeberfragen ergeben habe. Es soll infolgedessen eine besondere Abteilung für Arbeitgeberfragen unter Leitung einer besonders vorgebildeten Persönlichkeit geschaffen werden. Die Abteilung wird künftig die einzelnen Gruppen oder selbständige Tarife abschließenden Firmen über alle Lohn- und Tariffragen unterrichten und für Verhandlungen mit den Arbeitnehmern zur Verfügung stehen.

Als Ergebnis dieser Tagung ergab sich, daß die Untergruppe des Reichsverbandes der Deutschen Fleischwarenfabrikanten, der Verband der Berliner Fleischwarenfabriken den

Mantel- und Lohnstarif zum 31. Dezember kündigte, um die sozialen Bestimmungen abzubauen, die Sonn- und Feiertagsarbeit einzuführen und dem städtischen partiellischen Arbeitsnachweis loszukommen.

Durch den Anschlag an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände scheint den Wurstfabrikanten der Kampf mächtig geschwollen zu sein. Man will anscheinend beweisen, daß die Wurstwarenfabrikanten ebenso tüchtige Kerle sind, wie die Zigarrenfabrikanten und Schlotbarone von der Ruhr. Die Herren dürften aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Denn das Organisationsverhältnis der Berliner Fleischwarenfabrikanten ist um vieles besser als das der Tabak- und Eisenhüttenarbeiter.

Wenn der Arbeiter „zu alt“ ist.

Ein nicht alltäglicher Fall von Rücksichtslosigkeit gegen einen alten Arbeiter wird uns aus der Druckerei und Kartonnagenfabrik P. A. Geißler, Kungestr. 17, berichtet. Der jetzt 63jährige Arbeiter Schubert hat bei dieser Firma gelernt und war auch bei ihr bis zum Sommer dieses Jahres ununterbrochen tätig. Fast 50 Jahre lang hatte er seine Arbeitskraft der Firma zur Verfügung gestellt und gehofft, auch dann nicht auf die Straße zu fliegen, wenn er nicht mehr im Besitz seiner Kräfte ist. Seine Hoffnungen wurden enttäuscht.

Als im Sommer die Belegschaft wegen Arbeitsmangel verkürzt werden mußte, ließ man ihn aussuchen, versprach ihm aber, daß er sofort wieder eingestellt werden würde, wenn sich die Geschäftslage besserte hätte. Im Vertrauen auf diese Zusage erhob er gegen seine vorläufige Entlassung beim Betriebsrat keinen Einspruch und war auch weiter als Vertrauensmann seiner Kollegen tätig. Nachdem aber der Betrieb im Oktober wieder voll arbeitete und wegen der Anhäufung von Arbeit sogar Überstunden gemacht werden mußten, weigerte sich die Firma, Sch. wieder einzustellen. Sie lehnte auch den Vorschlag des Organisationsvertreters ab, den Mann zu einem niedrigeren als dem Tariflohn wieder zu beschäftigen, wie es der Tarifvertrag für minderleistungsfähige Arbeiter zuläßt. Daß es diesem alten Mann nicht mehr möglich ist, in einem anderen Betriebe Arbeit zu finden, darüber mußte sich auch die Firma klar sein.

Ueber die Handlungsweise der Firma, die einen Mann, der seine Arbeitskraft ein ganzes Leben lang ihrem Unternehmen zur Verfügung gestellt hat, wie eine ausgepreßte Zitrone wegwirft, wird sich jeder Leser selber sein Urteil bilden. Der Fall ist aber ein Schulbeispiel dafür, daß auf leere Versprechungen nichts zu geben ist, sondern in jedem Falle seine gesetzlichen Ansprüche rechtzeitig geltend zu machen.

Der Weltkrieg des Kapitalismus.

Die internationale Arbeitskonferenz des nächsten Jahres wird sich in erster Linie mit der Unfallverhütung beschäftigen. Das für die Tagung vorbereitete Material zeigt, daß der Schaden, der Tag für Tag durch Betriebsunfälle verursacht wird, allmählich ins Phantastische wächst. Nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes kamen im Jahre 1925 allein in Deutschland 3285 tödliche Betriebsunfälle vor; ferner 50 769 Unfälle, die eine dauernde, teilweise oder vollständige Invalidität nach sich zogen. Die Zahl der Arbeitsunfällen, die Entschädigung erhalten, beträgt 423 421. Der für Entschädigungen ausgegebene Betrag stellte sich im Jahre 1926 auf 260 Millionen Mark.

In Großbritannien wurden 1926 in den zur Bericht-erstattung verpflichteten Wirtschaftszweigen ohne den Bergbau

139 963 Betriebsunfälle gemeldet, darunter 806 tödliche. In dem Bergwesen kamen 1925 180 223 Unfälle vor. In Italien wurde im Jahre 1923 die Entschädigung von 357 322 Unfällen geregelt, wovon sich 1253 tödliche und 25 084 solcher befanden die zu dauernder Invalidität führten. Die Kosten der Entschädigung betragen etwa 170 Millionen Lire. In den Vereinigten Staaten von Amerika wurden 1924 nicht weniger als 21 232 tödliche Unfälle und 2 324 829 andere Unfälle verzeichnet. Der Weltkrieg geht also weiter.

Bergarbeiterausperrung in Schweden.

Stockholm, 22. Dezember.

Der Arbeitgeberverband im mittelschwedischen Grubengebiet hat nach dem Scheitern der Abkommensverhandlungen mit der Arbeitergewerkschaft für den 2. Januar die Aussperrung verkündet.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten L.-G., Berlin, Wallstr. 63, bleibt am Dienstag, dem 27. Dezember, geschlossen. Für die Einlösung von Wechseln ist ein Schalter von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark hat sich durch den starken Frost der letzten Woche wesentlich vermehrt. Der Zugang in der letzten Woche betrug 4200 Personen. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Dänemark ist nunmehr auf 66 391 angewachsen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Kurt Geyer; Wirtschaft: G. Altmeppen; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schorn; Gesundheit: K. G. Pöcher; Verkehr und Sonstiges: Fritz Karhöfer; Anzeigen: Th. Glöckler; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Allgemeine Creditbank für den Stadtbezirk Cöpenick

Auf Grund des Wahlauflages vom Vorstand der diesseitigen Bank vom 5. Dezember d. J. ist von der Hauptstelle der Arbeitgeberverbände Cöpenick-Berlin für die Gruppe der Arbeiter nur ein Wahlvorschl. enthalten 4 ehrenliche Vertreter und 8 Ergänzungs- einbezogen. Für die Gruppe der Beamten sind zwei Wahlvorschl. eingereicht worden. Wahlvorschl. I des Ortsvereins Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, enthaltend 7 ordentliche Vertreter und 14 Ergänzungs-; Wahlvorschl. II des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ostseebund Berlin, enthaltend 1 ordentlichen Vertreter und 1 Ergänzungs-.

In der Gruppe der Arbeiter sind ein Wahlvorschl. eingegangen, in dem die auf der Liste genannten Personen als gewählt. In der Gruppe der Beamten enthalten beide Wahlvorschl. in ganzen nur zwei Namen, als Vertreter — 5 ordentliche Vertreter, 14 Ergänzungs- — zu wählen sind. Die auf beiden Listen genannten Personen gelten daher ebenfalls als gewählt.

Die am 17. Januar angelegten Listen werden daher aufgehoben. Eingeführte gegen die Wahl sind an das Verwaltungsamt Berlin einzureichen. Berlin-Cöpenick, 22. Dez. 1927.

Der Vorstand, Otto Habel, Vorsitzender, Friedrich Rueden, Schriftführer.

Zuverlässige billige und gute Stiefel
gibt bei H. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7

Es ist neu erschienen: **Kinderland 1928**
Ein proletarisches Jahrbuch für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes. An dem Kalender haben auch dieses Mal die Kinder selbst tüchtig mitgearbeitet. Das „Kinderland“ kostet Mark 1.50
Zu haben in allen „Vorwärts“-Abgabestellen und Partbuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Gerade zum Weihnachtsfeste sind Ihre Vorteile wenn Sie bei uns kaufen unvergleichbar!

Blindes Vertrauen
Können Sie zu uns gehen!
Achten Sie daher genau auf Firma und Adresse.
Ein kleines Versehen in der Adresse kann Ihnen unberechenbaren Schaden verursachen!

Durch unsere eigene Fabrikation sind wir in der Lage, doch mindestens so billig auszuverkaufen, wie die Teilzahlungsfirma, welche die irreführenden Ausdrücke „Auf Teilzahlung ohne Preiszuschlag“ oder „Zu Kassa-Preisen“ benutzen. Trotzdem gewähren wir:

- 32% Rabatt bei sofortiger Bezahlung
- 30% Rabatt b. Bezahlung innerhalb 8 Wochen
- 25% Rabatt b. Bezahlung innerhalb 16 Wochen
- 20% Rabatt b. Bezahlung innerhalb 20 Wochen

Sie kaufen bei uns bei kleinster, evtl. auch ohne Anzahlung, so daß Ihr Einkauf nicht von Ihrem Lohn tag abhängig ist, und die Ware bekommen Sie bei uns sofort mit oder frei Haus geliefert.

Unsere Maßabteilung, geleitet von einem hervorragenden Schneider, verarbeitet feinste Stoffe und englische Kammerwaren nach Maß zu den gleichen Bedingungen.

Preise bei Bezahlung innerhalb 16 Wochen	Der modern, zweireihig: Herren-Anzug . . . von 26.— an	Der elegante Rock-Paletot . . . von 46.— an	Der neueste Damen-Modell - Mantel mit Pelz besetzt . . . von 43.— an	Der fusche Damen-Mantel modern kariert, mit Pelzkragen . . . von 20.50 an	Der bequeme Herren-Ülster von 35.— an
--	---	--	---	--	--

Bekleidungshaus G. m. b. H. nach amerikanischem System Nur: Koltbuser Damm 28, Große Frankfurter Str. 141, Reinickendorfer Str. 70, Neue Friedrichstr. 38-40

KINO-TAFEL
Programm für die Zeit vom 23. bis 29. Dezember

BTL
Potsdamer Straße 38
CASANOVA
mit Ivan Mosjuko

Rheinstraße 14
Um Himmelswillen
Harold Lloyd
und Fräulein Laura — seine Witwe

Odeon, Potsdamer Str. 75
Schwere Jungen — leichte Mädchen
Ein heiterer Zitzo-Film

Turmstraße 12
Um Himmelswillen
Harold Lloyd
und ihr Spielzeug mit Lena La Paue

Passage-Lichtspiele, Bismarckstr. 151/52
Sonnenaufgang
Bühnenschau
Heiligabend, den 24. Dezember, bleibt das Theater geschlossen

Viktoria-Lichtspieltheater, Frankfurter Allee 4
5m Himmelswillen
Harold Lloyd
Heiligabend, am 24. Dezember, bleibt das Theater geschlossen

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 55
CHANG
Bühnenschau
Heiligabend, den 24. Dezember, bleibt das Theater geschlossen

Tivoli, Pankow, Berliner Straße 27
Das K. u. K. Ballettmädel
Bühne: Bunter Variété
Kinderdarstellung: L. Feller, Roble Hood, 2. Feller, Familie Schimke

Kristallpalast, Prinzenallee 1-5
Casanova
Bühnenschau

Marienbad-Palast, Badstraße 35-36
Napoleon Bonaparte
Bühnenschau

Prinzenpalast, Prinzenallee 42-43
Die Geliebte des Gouverneurs
Bühnenschau

Athambra, Badstraße 5
Schwere Jungen — leichte Mädchen
1. Akt 11.2 Uhr: „Prüfung der Liebe“

Korbmöbel! Sonderangebot!
In Private zu Entropreisen eigene Fabrikate in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Konigsplatz 12, Hofpart.
des Hachschers Max
Anzahlungsrechnung
Telephon: Alexander 4112

Humboldt, Badstraße 19
Um Himmelswillen
Harold Lloyd

Film-Palast Hammersäle, Testower Straße 1-4
Schwere Jungen — leichte Mädchen
(Zitzo-Film) u. d. große Beiprogramm

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Das K. u. K. Ballettmädel
Ab 2. Februar: **CASANOVA**

Senecker Lichtspiele, Seneker der Pl. E. Metzger Str.
Ole Bettlerin v. Stambul
ferner: Der keusche Joso

TOPF
100 MARK
Qualitäts-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzlich geschützt
erhalten 48 Jahre als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Schkeuditz

Das Jungdeutsche Manifest
von Ariur Mahraun
Der Neubau der Staaten ist die große Parole der Gegenwart. Die deutsche Sehnsucht zum Volkstaat, die Sehnsucht nach der Demokratie in dem Zustand der modernen parlamentarischen Republik, keine Erfüllung gefunden. Alle Gegensätze der Vergangenheit werden überannt vom Willen der Zukunft. Das Jungdeutsche Manifest knüpft an die Lehre des Freiherrn von Stein an und sucht in einer neuen Staatordnung die Synthese von Potsdam und Weimar.
Der Preis für das über 200 Seiten starke Werk beträgt 2.— Mk. je Stück. Die Abnehmer werden erfragt, gegen Nachnahme oder Vorauszahlung des Betrages zuzü. Versandkosten.
Die Ausgabe des Buches hat am 16. Dez. begonnen.
Das Jungdeutsche Manifest ist zu haben im **Jungdeutschen Verlag, Berlin SW 48**
Postcheckkonto Berlin Nr. 157 440.
Durch alle übrigen Buchhandlungen zu beziehen.